

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Nationalrates
Kommissionspräsidentin
Frau Céline Amaudruz
3003 Bern

8. November 2023

20.406 n Pa. Iv. Silberschmidt; Unternehmerinnen und Unternehmer, welche Beiträge an die Arbeitslosenversicherung bezahlen, sollen auch gegen Arbeitslosigkeit versichert sein; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin

In Umsetzung der oben genannten parlamentarischen Initiative hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) am 3. Juli 2023 einen Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetzes, AVIG) angenommen. Mit Schreiben vom 18. August 2023 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zum Vorentwurf und zum erläuternden Bericht Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für diese Möglichkeit.

Der Regierungsrat teilt die Grundhaltung, wonach es wichtig ist, dass Arbeitnehmende in einer arbeitgeberähnlichen Stellung Zugang zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung (ALV) erhalten müssen, wenn sie Beiträge an die ALV bezahlen. Entgegen der im erläuternden Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates vom 3. Juli 2023 geäusserten Ansicht geht der Regierungsrat allerdings davon aus, dass die geltenden Regeln die Rechte und Interessen von Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung bereits heute sachgerecht berücksichtigen.

Für die Argumentation und Begründung verweist er auf die Stellungnahme der Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren (Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz, VDK).

Er empfiehlt, an der bestehenden Regelung festzuhalten und sowohl die Mehrheits- wie auch die Minderheitsvariante abzulehnen.

Sollte die SGK nicht an der bestehenden Regelung festhalten wollen, bevorzugt er die Mehrheitsvariante. Die Minderheitsvariante wird aus Praktikabilitätsgründen klar abgelehnt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Jean-Pierre Gallati
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

z.K. an

- laurence.devaud@seco.admin.ch